

Sozial gefährlich sind die Populisten, nicht die Roma

Interview mit Jan Philipp Sternberg, Korrespondent, Hauptstadredaktion der Mediengruppe Madsack, 2.1.2014, abgedr. in: Leipziger Volkszeitung, 3.1.2014; u. d. Titel ‚Wir brauchen einen nationalen Sozialfonds‘ in: Märkische Allgemeine Zeitung 3.1.2014 sowie Kieler Nachrichten, 3.1.2014; u. d. Titel ‚Es gibt eine Wanderung der Eliten‘ in: Hannoversche Allgemeine, 3.1.2014 sowie Oberhessische Presse (gekürzt), 3.1.2014.

Frage: Hat die CSU Europa nicht verstanden, wie ihr vom Koalitionspartner SPD vorgeworfen wurde?

Bade: Die CSU hat vor allem Franz Josef Strauß verstanden, der sagte, dass es rechts von der CSU keine bedeutende politische Partei geben dürfe. Horst Seehofer versucht nun, den Spruch der NPD „Geld für die Oma statt für Sinti und Roma“ mit „Wer betrügt, der fliegt“ rechts zu überholen. Beide Phrasen sind kulturrassistisch und bedienen die alten Zigeunerphobien.

Frage: Sie haben die Armutszuwanderung bereits vor einem Jahr als „Kehrseite des Evangeliums der Freizügigkeit“ bezeichnet. Wenn wir bulgarische Ärzte in Deutschland haben wollen, müssen wir auch mit der Zuwanderung mittelloser Roma leben. Aber was muss getan werden?

Bade: Sozial gefährlich sind die Populisten, nicht die Roma. Wir müssen erst einmal den Populisten entgegenwirken und aufklären: Nicht alle armen Zuwanderer aus Südosteuropa sind Roma. Vier Fünftel der Bulgaren und Rumänen in Deutschland sind beschäftigt. Knapp die Hälfte von ihnen ist qualifiziert, fast ein Viertel sogar hochqualifiziert. Nur rund sieben Prozent sind arbeitslos, weniger als halb so viele wie bei den Ausländern in Deutschland insgesamt.

Frage: Die Kommunen klagen seit einem Jahr, sie würden mit den Problemen alleine gelassen. Was muss da passieren?

Bade: Die Probleme konzentrieren sich in armen Kommunen wie Duisburg und Dortmund. Solche Kommunen brauchen einen nationalen Sozialfonds, der ihnen hilft. Das kann auf Zeit einen dreistelligen Millionenbetrag kosten, ähnlich wie bei den Integrationskursen. Wohlhabendere Kommunen haben

auch arme Zuwanderer aus Bulgarien und Rumänien, aber nicht diese Probleme damit. In Mannheim z.B. hat die Stadt schlicht einen eigenen Sozialfonds aufgelegt und bearbeitet die Probleme ganz unaufgeregt.

Frage: Der Europäische Gerichtshof prüft zurzeit, ob EU-Ausländer in Deutschland Recht auf Hartz IV haben, auch wenn sie hier nicht gearbeitet haben.

Bade: Ich hoffe auf ein schnelles und klares Urteil, das für den Europawahlkampf den Populisten Wind aus den Segeln nimmt. Europarechtlich gilt: Wer nach Deutschland kommt, hier sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat und arbeitslos wird, hat Anspruch auf Hartz IV. Das muss auch umgekehrt gelten: keine Arbeit, kein Hartz IV. EU-Bürger können sich in Europa ihren Arbeitsmarkt aussuchen, aber nicht ihr Sozialsystem. Sonst haben wir ein Problem.

Frage: Werden überhaupt massenhaft Bulgaren und Rumänen nach Deutschland kommen wollen?

Bade: Jein. Das Wohlstandsgefälle ist nach wie vor so hoch, dass wir weiterhin vor einer hohen Zuwanderung ausgehen sollten. Das werden aber vorwiegend wiederum Qualifizierte sein. Um in Bulgarien eine Stelle an einem Krankenhaus zu bekommen, muss ein Arzt Zehntausende Euro an Schmiergeldern zahlen – und verdient dann selten mehr als 1.000 Euro im Monat. Das dortige System ist himmelschreiend korrupt. Dann gegen die Ärzte lieber nach Deutschland. Das Ergebnis ist also vorwiegend Elitenwanderung und Brain Drain für den Ausgangsraum.